

Über vorübergehende
Entwicklungen und
unberechtigte Kritik

Ein Erfolgsmodell für Wohlstand

Norbert Walter

Die Marktwirtschaft ist in die Kritik geraten. Viele glauben, dass sie ihre Strahlkraft verloren hat und in einer globalisierten Welt nicht mehr dafür sorgt, allgemeinen Wohlstand zu generieren. Es heißt, die entfesselten Kräfte des Marktes dienten nur noch einigen wenigen, während weite Bevölkerungsteile das Nachsehen hätten. Dieser Glaube nährt sich vor allem in Deutschland aus dem Gegensatz steigender Unternehmensgewinne einerseits und stagnierender und mitunter sogar sinkender realer Nettoeinkommen der Arbeitnehmer andererseits. Mediale groß in Szene gesetzte Verfehlungen einzelner Unternehmensführer tun ein Übriges.

Die Verletzung der Gefühle vieler Menschen, Spielball kapitalistischer Spekulationen zu sein und im marktwirtschaftlichen System zu kurz zu kommen, ist tief. Es ist deshalb von fundamentaler Bedeutung, den Menschen einen unvoreingenommenen, offenen Blick auf die Realitäten der Welt zu eröffnen, ihnen die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft näherzubringen und ihr Verständnis dafür zu schärfen, dass ihre Kritik zu großen Teilen unberechtigt ist und die kritisierten Verwerfungen korrigierbare Fehlentwicklungen oder lediglich zeitweise Abweichungen von einer vernünftigen Entwicklung sind.

Mechanismus der Marktwirtschaft

In den vergangenen Jahrzehnten haben wir erlebt, wie sich die Marktwirtschaft fast weltweit im Systemwettbewerb bra-

voirös durchgesetzt hat. Vor allem die aufstrebenden Volkswirtschaften Asiens zeigen eindrucksvoll, welche hohe Dynamik diese Ordnung auslöst. Dafür gibt es gute Gründe: Die Marktwirtschaft ist das passende Wirtschaftssystem für die real existierenden Menschen, Menschen nämlich, die zu einem guten Teil vom Eigennutz angetrieben sind und kein vollständiges Wissen haben und auch nicht haben können. Wenn das wirtschaftliche Handeln der in vieler Hinsicht unvollkommenen Menschen nicht im Chaos, in Ressourcenverschwendung und Stagnation endet, verdanken wir das der Marktwirtschaft. Sie lenkt die Aktivitäten der Individuen unter vernünftigen Rahmenbedingungen zum Wohle der Gesamtheit.

Adam Smith, der Moralphilosoph und Begründer der Marktwirtschaft, erkannte die großartige Leistung des Marktes. Dafür steht sein Bild der unsichtbaren Hand. Sie ordnet das eigennützige Handeln der Menschen, und zwar so, dass größtmögliche Anreize für wirtschaftliches Engagement bestehen und diese Aktivitäten bestmöglich koordiniert werden. Aus zweitbesten Motiven entstehen so erstbeste Ergebnisse. Smith erkannte, dass der Marktmechanismus der sicherste Garant für die Mobilisierung von Fähigkeiten und die Berücksichtigung vielfältiger und unterschiedlicher Wünsche ist. Nur er sichert einen breiten Wohlstand und fördert den fairen Ausgleich unterschiedlicher Interessen. Über den Preis und die Entgelte für die Produktionsfaktoren honoriert der Markt den Beitrag jedes Ein-

zelen zur vielfältigen Bedürfnisdeckung – ohne Ansehen der Person. Der Markt sorgt für Leistungsgerechtigkeit. Diese zentrale Dimension der Gerechtigkeit wird in der aktuellen Debatte – wieder einmal – kaum beachtet.

Ethische und moralische Grundsätze

Weiter verdeutlichte der Moralphilosoph Smith auch, dass das natürliche Streben des Menschen nach der Verbesserung seines eigenen Loses nicht nur Effizienz bewirkt, sondern ebenso eine ethische Dimension besitzt. Denn das Selbstinteresse dient in einer guten Ordnung dem Gemeinwohl und ist deshalb ethisch nicht verwerflich. „Nicht dem Wohlwollen des Metzgers, Brauers und Bäckers verdanken wir unser Essen, sondern der Tatsache, dass diese ihre eigenen Interessen verfolgen.“ Für die Gewährleistung der ethischen Dimension des Marktes bedarf es aber einer Wettbewerbsgarantie seitens des Staates.

Der Markt muss „veranstaltet“ werden. Er braucht verlässliche Regeln. Hier liegen sachgerechte Gründe für die Nachfrage nach einem starken hoheitlichen Staat, keinem Interventionsstaat. Der Staat muss für eine liberale Rechtsordnung sorgen und die Voraussetzungen für Wettbewerb schaffen. Dabei geht es vor allem darum, Möglichkeiten des Zutritts und des Austritts auf den Märkten fair zu sichern. Eine effiziente Wettbewerbsordnung gewährleistet wirtschaftliche Freiheit. Deshalb muss sich die Politik gegen Lobbyinteressen immunisieren und nicht den öffentlichkeitswirksamen Schutz von Unternehmen vor entsprechender Konkurrenz forcieren, sondern wachstumsfreundliche Standortpolitik betreiben. Wettbewerb ist für den Einzelnen zwar immer unbequem; für die Ökonomie als Ganzes aber bedeutet Wettbewerb Dynamik, Effizienzsteigerung, Vielfalt, Innovation und letztlich Wohlstand. Der Markt braucht Moral,

will er Optimalität an Menschlichkeit und Effizienz liefern. Er braucht neben der Rechts- und Wettbewerbsordnung weitere Schranken des Selbstinteresses. Ohne sittliche Normen, die helfen, verwerfliches Verhalten wie Betrug oder Diebstahl einzudämmen, und die zu Fairness im Wettbewerb beitragen, wäre effizientes Wirtschaften kaum möglich, jedenfalls aber teurer. Weichen diese Normen wie in der heutigen Zeit auf, können die oft als vermeintliche „Kavaliersdelikte“ titulierten Straftaten wie Schwarzarbeit, Steuerhinterziehung oder das Erschleichen staatlicher Transfers überhand nehmen. Ein solches Verschwinden der moralischen Selbstbeschränkung kann das gesamte System gefährden, da nur noch das konsequente Ausnutzen aller Vorteile das Gebot der Stunde ist und das Eigeninteresse in Egoismus umschlägt. Deswegen ist die Verantwortungsethik ein wichtiger Baustein in der Marktwirtschaft, dessen Verlust nicht kostenfrei durch Gesetze und Kontrollen aufgefangen werden kann. Eingriffe in das marktwirtschaftliche System haben immer den Verlust an Wohlstand, an Wahlmöglichkeiten und an individueller Freiheit als unabwiesbare Folge.

Auch das System der Sozialen Marktwirtschaft fußt auf der Verantwortungsethik. So ist es ein Eckpfeiler dieses Systems, dass im Bereich der Sozialpolitik das Vertrauen auf private Initiative und Selbstvorsorge als Leitgedanke gilt und nicht ein allgegenwärtiger Versorgungsstaat, der die Freiheit einschränkt. Weitere wichtige Eckpfeiler dieses Modells sind die Stabilität des Geldwertes als Garant für Effizienz und Gerechtigkeit, eine am Ideal offener Märkte ausgerichtete Wettbewerbsordnung, die unabdingbar für eine freie Preisbildung ist, sowie eine liberale Wirtschaftspolitik, die auf Eingriffe in Märkte verzichtet. Für eine Politik, die nach diesen Grundsätzen agiert, steht bis heute der Name Ludwig Erhard.

Dieses erfolgreiche ordnungspolitische Fundament Nachkriegsdeutschlands wurde allerdings mehr und mehr von den Erben Erhards infrage gestellt. Die aufkommende deutsche Mentalität: „Keine Experimente“, die auf die Bewahrung vergangener Leistungen zielte, bildete alsbald den Grundsatz politischen Handelns. In den späten Sechziger- und den Siebzigerjahren kam dann noch die verfehlte Ansicht hinzu, der Staat könne über sein Budget, insbesondere Ausgabenprogramme, den Konjunkturverlauf glätten und Arbeitslosigkeit verhindern. Der Glaube an die wirtschaftlichen Steuerungsmöglichkeiten des Staates und an die Möglichkeit, die ökonomischen Errungenschaften „gerecht“ auf die Bevölkerung verteilen zu können, verwässerte mehr und mehr das marktwirtschaftliche Fundament. Die Kosten dieser Irrwege waren und sind freilich hoch: Anstieg der Sockelarbeitslosigkeit über die Konjunkturzyklen hinweg und Verlust an Wachstumsdynamik. Selbst die Chance, die sich durch die Deutsche Einigung ergab, das enge leistungs- und innovationsfeindliche Regulierungsnetz zu reformieren und sich wieder mehr auf die ordnungspolitischen Wurzeln Nachkriegsdeutschlands zu besinnen, wurde nicht genutzt.

Immer weitere Teile von Politik und Gesellschaft verlieren heute das Modell der Sozialen Marktwirtschaft aus den Augen. Es wird ignoriert, dass der Staat nicht direkt in das Marktgeschehen eingreifen sollte, denn die wirtschaftliche Freiheit ist vielfach nicht durch ungezähmte Märkte bedroht, sondern durch staatliche Eingriffe, die den Interessen Einzelner dienen und nicht der Allgemeinheit. Erforderlich ist deshalb nicht der Ersatz des Marktes durch den Staat – vielmehr muss der Staat die Effizienz der Märkte durch robuste Strukturen und gute Aufsicht stärken, um Wohlstand zu fördern und Fehlentwicklungen zu verhindern. Dieses Grundprinzip gilt unein-

geschränkt auch in unserer Zeit der Globalisierung.

Überzogene Kritik

Die Globalisierung mit ihrer internationalen Arbeitsteilung und der damit verbundenen Spezialisierung und Differenzierung sowie der intensivere Wettbewerb sind neue, starke Triebkräfte für wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand. Insbesondere Deutschland mit seinem hohen Offenheitsgrad (Exportquote > 45 Prozent) gehört zu den Globalisierungsgewinnern. Ein Faktum, was nicht oft genug wiederholt werden kann. Dies lässt sich eindrucksvoll an dem derzeitigen Aufschwung am Arbeitsmarkt belegen. Seit 2005 sind über 1,5 Millionen neue Beschäftigungsverhältnisse entstanden. Allerdings nimmt das die Öffentlichkeit kaum wahr, weil der Beschäftigungsaufbau unspektakulär erfolgt, vor allem in den vielen dynamischen mittelständischen Unternehmen dieses Landes. Für Schlagzeilen sorgen allein Unternehmen, die Werke schließen oder Arbeitsplätze abbauen. Dabei wird den Menschen ein völlig falsches Bild über die tatsächliche Situation am Arbeitsmarkt vermittelt. Gerade die jüngste Werksschließung in Bochum verdeutlicht nicht etwa den angeprangerten Raubtierkapitalismus, sondern einmal mehr das analytische und kommunikative Versagen der deutschen Gesellschaft. Statt Verluste von Standardarbeitsplätzen gegenüber Rumänien lautstark zu beklagen, sollten wir den Gewinn von zahllosen gut bezahlten Arbeitsplätzen im Maschinenbau erkennen und als Erfolg in der Globalisierung feiern. Man sollte auf marktwirtschaftliche Anreize vertrauen, anstatt durch massive Subventionsprogramme eine gewerbliche Erhaltungspolitik zu betreiben, die Anreize verfälscht und langfristig nicht tragfähig sein kann. Hier hat ein weiteres Mal der naive Glaube, dass durch staatliche Steuerung marktwirtschaftliche Prozesse dauerhaft

aufgehalten werden, die politische Debatte geprägt.

Natürlich stellt die Globalisierung die Politik und die Gesellschaft im Allgemeinen vor Herausforderungen. Die Globalisierung verändert die Knappheitsrelationen weltweit. Für die Weltwirtschaft stehen heute viermal so viele Arbeitskräfte bereit wie 1980. Dabei ist vor allem das Angebot an einfacherer, nicht hochproduktiver Arbeit enorm gestiegen. Dementsprechend groß sind die Anforderungen an die berufliche Flexibilität und die Mobilität gerade auch der weniger gut qualifizierten Arbeitskräfte in den entwickelten Ländern. Auf ihren tradierten Arbeitsplätzen können die Betroffenen in vielen Fällen ihr absolutes Einkommen nicht halten und schon gar nicht ihre Position im Einkommensgefüge. Warnungen vor zunehmender Ungleichheit sind insoweit nicht von der Hand zu weisen, wie es nicht gelingt, diesen Arbeitskräften die Perspektive für produktivere Tätigkeiten zu eröffnen. Gerade deshalb muss sich Deutschland auf diesen beschleunigten Wandel einstellen. Ein Rückfall in den Protektionismus kann nicht zur Debatte stehen. Abschottung wäre verfehlte Politik zulasten der vielen von internationalen Vorleistungen abhängigen Unternehmen und vor allem zulasten der Konsumenten. Sie müssten höhere Preise für importierte Güter entrichten, was auch der Binnennachfrage schaden würde. Ergebnis wäre ein Verlust an Wirtschaftsdynamik, der die weniger mobilen, an den nationalen Standort gebundenen Beschäftigten noch stärker benachteiligen würde. Deshalb kann sich Deutschland die derzeitige Meinungsführerschaft linker protektionistischer Systemkritiker nicht leisten.

Die Soziale Marktwirtschaft deutscher Ausprägung ist, gerade während des immer stärkeren Zusammenwachsens nationaler Märkte, eine gute, leistungsstarke Ordnung. Ihr Versprechen „Wohlstand für alle“ zielt auf Teilhabe möglichst vie-

ler. Dem Staat obliegt es dabei, einen sozialen Ausgleich zu schaffen, um die Legitimationsbasis der Marktwirtschaft zu erhöhen. Denn der Leistungswettbewerb sollte durch soziale Absicherung und Unterstützung der Beteiligten, die in diesem Wettbewerb ohne Hilfen nicht mithalten können, ergänzt werden. Dabei geht es darum, Chancengerechtigkeit herzustellen und Bedarfsdeckung minimal zu gewährleisten. Der Leitgedanke ist dabei „Hilfe zur Selbsthilfe“. Allerdings sind der Politik in ihrem Handeln in einer Marktwirtschaft auch Grenzen gesetzt: Die Anreize dürfen nicht durch eine zu starke generelle Umverteilung verzerrt werden. Denn hohe Abgabenlasten sind ein wesentlicher Grund für die lange Wachstumsschwäche Deutschlands gewesen. Dabei hat sich mangelndes Wirtschaftswachstum als die größte Quelle der sozialen Ungerechtigkeit erwiesen, weil die Mittel für solidarisches Verhalten immer knapper wurden.

Deshalb ist die Diskussion um mehr oder weniger Staat oberflächlich, denn es geht um bessere Rahmenbedingungen und Regeln. Der Staat muss sich dort zurückziehen, wo er Leistungsmotivation vermindert, und sich dort engagieren, wo es um Stärkung der Wachstumskräfte und um Chancengerechtigkeit geht. Vor allem gilt es, Leistungsgerechtigkeit und auch die Generationengerechtigkeit, die bei den Kritikern des Marktes nicht relevant zu sein scheint, nachhaltig zu stärken. Auch in Zeiten der Globalisierung brauchen wir dafür nicht gut gemeinte, sondern gute Politik, die Ludwig Erhards Modell der Sozialen Marktwirtschaft folgt. Die Soziale Marktwirtschaft setzt dabei auf den Primat des Marktes und die Eigenverantwortung mündiger Bürger, ohne zu vergessen, dass der Staat anreizoptimale Regeln für das Spiel der Marktkräfte setzen muss. Übergeordnetes Ziel ist es, möglichst alle willigen Bürger zu einer Teilnahme zu befähigen.